

GERHARD BAHR

Die Beteiligung der Bürger an der Landesplanung

Versuch einer Bilanz

Mit 2 Beilagen

Zur Lage

Es bedurfte gewisser Überredung, mich als Autor für diesen Aufsatz zu gewinnen. Zu viel ist in der letzten Zeit zu dem Thema Öffentlichkeitsarbeit mit seinem breiten Spektrum geschrieben worden. Dabei sind oft die Grenzen dessen, was machbar ist, aus den Augen verloren worden. Es klangen Ideologien durch, die das Gefüge unseres Staates, wie es im Grundgesetz verankert ist, in Frage stellen. Naive wurden getäuscht, es werden Leitbilder propagiert, die eine nebulöse Totalerfassung des Menschen darstellen, und zwar mit der Tendenz: Weg von der repräsentativen Demokratie – hin zur Räte-demokratie.

In einigen Aufsätzen fehlt der Mut zur Feststellung, daß es eine von vielen mit Nachdruck geforderte Mitbestimmung in einer Weise, die das Funktionieren von Staat und Verwaltung beeinträchtigt – nicht geben darf. Mitbestimmen kann nämlich nur ein Bürger, der politische Verantwortung trägt.

In diesem Zusammenhang ist auch festzustellen, daß eine Addition von Einzelmeinungen noch lange nicht optimal im Sinne des Wohles der Gesamtheit sein muß.

So gesehen, ist die Beteiligung der Bürger nur als eine Mitwirkung zu verstehen. In diesem Sinne ist vieles zu verbessern im Interesse der Bürger und vor allem im Interesse der Parlamentarier. Es müssen vorhandene Modelle für eine Mitwirkung der Bürger weiterentwickelt und es muß nach neuen Möglichkeiten gesucht werden. Dabei wird es im wesentlichen darum gehen müssen, daß die Bürger – besser informiert als bisher – ihre Wünsche frühzeitig an die richtige Adresse richten können, und die hat sich dann der Bedenken und Anregungen mit mehr Intensität anzunehmen.

Um keine Zweifel aufkommen zu lassen: Für ein unmittelbares Mitplanen der sog. »Betroffenen« bestehen aus den vorgenannten Gründen gegenwärtig keine Chancen. Wenn Meinungen der von einer Planung Betroffenen gewertet werden, darf das Kriterium der Augenblicksinteressen nicht ausschlaggebend sein. Es muß sogar die Planungshoheit einer Gemeinde dann ihre Grenzen haben, wenn eine Entscheidung zum Wohle der größeren Gebietskörperschaft ansteht (z. B. das Problem Standortfindung für ein Kernkraftwerk). Ebenso ist das öffentliche Bildungswesen nicht ein Anliegen der »betroffenen« Lehrer, Schüler oder Eltern, sondern aller Bürger des Staates. Die völlige Demokratisierung wird es nie geben – sie ist leider eine Utopie (Bemerkung am Rande: Die Räte-demokratie aber ebenso!).

Wenn in diesem allgemeinen Bericht zur Lage versucht wird, die Maßstäbe zurechtzurücken, dann ist es nötig,

einiges zu dem Problem, wie die Arbeit der Verwaltung transparenter gemacht werden kann, zu bemerken.

Mit den wachsenden Aufgaben und den technischen Möglichkeiten, die zur Bewältigung und zur Steigerung der Leistung eingesetzt werden (z. B. Netzplantechnik, EDV), hat sich das Gefüge der Verwaltung verändert. Sie ist komplizierter, komplexer und damit undurchschaubarer geworden. Aus Bauleitplanung z. B. wird Stadtentwicklungsplanung und eines Tages Gesamtplanung. Von der Institution einer lediglich »vollziehenden Gewalt« kann kaum mehr die Rede sein. Diese Entwicklung hat bei vielen Bürgern zu einem Unbehagen oder, genauer gesagt, zu einer Angst vor der Macht der Verwaltung geführt. Dabei mag auch eine gewisse Rolle gespielt haben, daß einige zu hoch angesetzte Erwartungen nach der Ablösung der absoluten Regierungsform enttäuscht wurden.

Der sich anstauende Unmut löste eine Welle von Bürgerinitiativen aus, der die Verwaltung nicht gewachsen war. Diese Auseinandersetzungen führten zu:

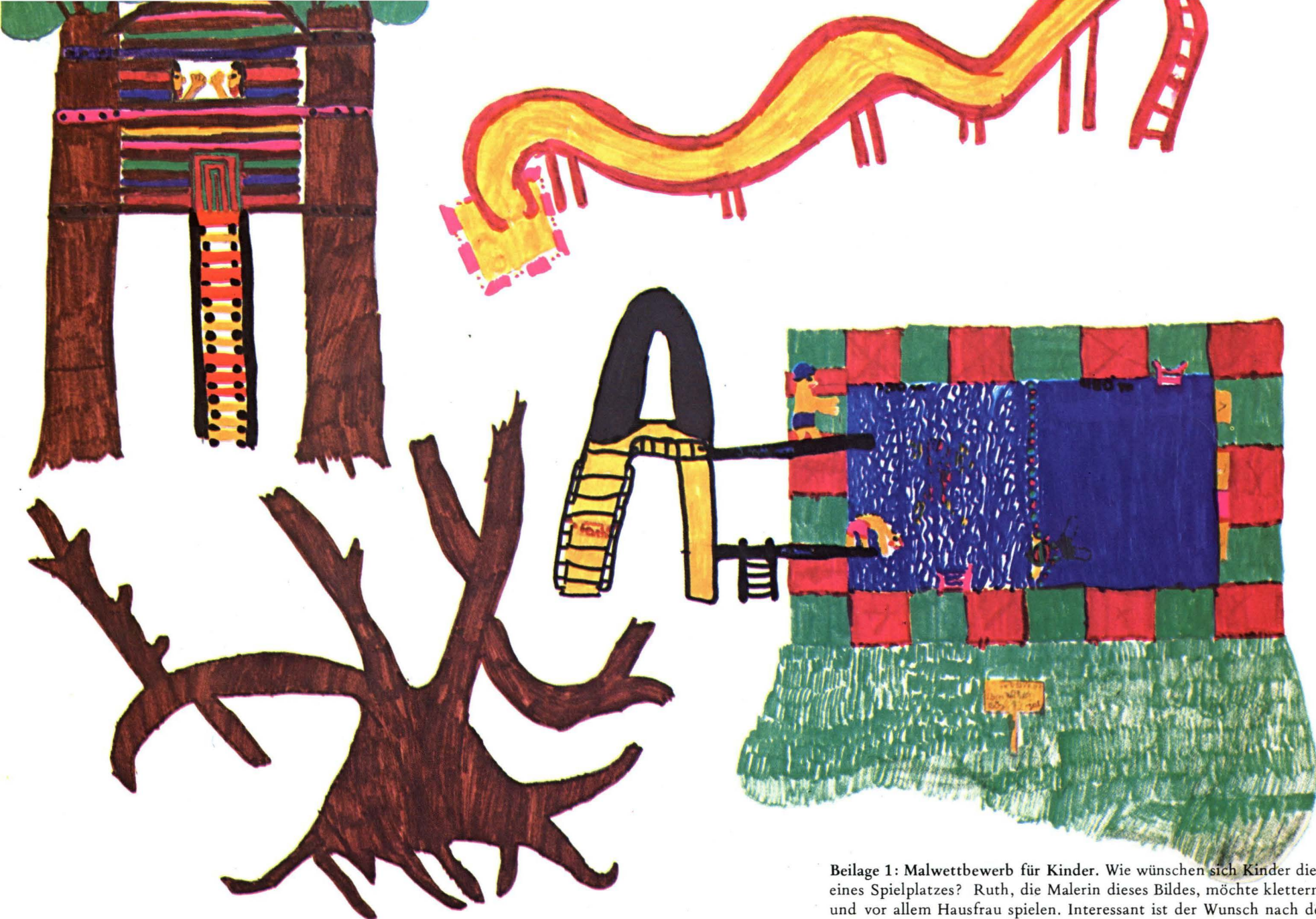
- Mehrarbeit
- Aufhalten der Arbeit
- Substanzverlust wegen Kompromißlösungen.

Hinzu kommt das Problem der Antinomie der Auffassungen zwischen Politik, Verwaltung, Gruppeninteressen und Einzelinteressen z. B. wegen der Zielvorstellungen für die Gestaltung des städtischen Raumes, das gegenwärtig nicht gelöst werden kann. Es kommt weiter hinzu, daß es u. a. kein Leitbild von der »dem Menschen gemäßen Umwelt« gibt. Wie kommen wir schrittweise aus diesem Dilemma heraus?

Der folgende Bericht aus der täglichen Arbeit der Abteilung Landesplanung, die in einem Stadtstaat hauptsächlich stadtplanerisch tätig sein muß, soll aufzeigen, in welchem Umfang hier von den verschiedenen Möglichkeiten einer mittelbaren oder unmittelbaren Beteiligung der Bürger innerhalb verschiedener Stufen des Planungsprozesses Gebrauch gemacht wird. Es soll dargestellt werden, was ein Teil einer komplexen und kaum durchschaubaren Fachbehörde unternimmt, um u. a. dem Laien das Operationsfeld verständlicher zu machen. Die Mitwirkung wird nicht nur als Konsensherstellung betrachtet, sondern als ein Mittel zur Leistungssteigerung.

Erfahrungen mit einem Soziologen

Um den ständig steigenden Anforderungen bei der Aufgabenbewältigung gerecht zu werden, ist es ein Ziel der Landesplaner, in dem Kreis der Mitarbeiter die wichtig-



Beilage zu Bahr: Die Beteiligung der Bürger an der Landesplanung.
In: Raumforschung und Raumordnung 1974, Heft 1

Beilage 1: Malwettbewerb für Kinder. Wie wünschen sich Kinder die Ausstattung eines Spielplatzes? Ruth, die Malerin dieses Bildes, möchte klettern, rutschen – und vor allem Hausfrau spielen. Interessant ist der Wunsch nach der Hütte. Beobachtungen auf der IGA 73 haben ergeben, daß diese Spieleinrichtung fast ausschließlich von Mädchen “besetzt” wird.

sten Fachdisziplinen vertreten zu haben. In diesem Sinne gelang es vor einem Jahr, einen Soziologen einzustellen, der unter anderem die Aufgabe hat, als »Bindeglied« zwischen den Planern und der Bevölkerung zu fungieren. Er betreut z. B. Aufträge für empirische Erhebungen, wertet Berichte der Massenmedien für die Planung aus und besucht Veranstaltungen der Bürgerinitiativen. Daneben entlastet er seine Fachkollegen, indem er das Referat für Öffentlichkeitsarbeit mit den nötigen Informationen aus den einzelnen Planungsprozessen versorgt. Die ersten Erfahrungen mit dieser speziellen Tätigkeit sind ermutigend, obgleich Mißerfolge nicht ausgeblieben sind. Zum Beispiel scheiterte eine gut gemeinte Erforschung des Bürgerwillens in einem kleinen, im Norden Hamburgs gelegenen Stadtteil daran, daß der Kollege Meinungsforscher bereits bei der Testbefragung an einen Vertreter einer Bürgerinitiative geriet, der nichts Eiligeres zu tun hatte, als die vermeintliche »Beeinflussung der Bevölkerung im Sinne der Verwaltung« mit Hilfe Gleichgesinnter im Ansatz zu verhindern. Diese Aktion endete mit der üblichen kleinen Anfrage im Bezirksparlament. Zur Sache wäre zu bemerken, daß die Meinung der Bürger zu einem Schnellbahnschluß, einer Vergrößerung bzw. baulichen Verdichtung ihres Stadtteils ergründet werden sollte.

Ein unerfreuliches Ende nahm auch der Besuch unseres Soziologen bei Hausbesetzern in der Eckhoffstraße, der ihm beinahe eine Tracht Prügel, stellvertretend für die gesamte Bürokratie, eingebracht hätte.

Sehr positiv verliefen dagegen Haushaltsinterviews, die von unserem Fachkollegen betreut und von einem hiesigen Institut mit dem Ziel durchgeführt wurden, das Meinungsbild der Bevölkerung über ihre Wohnumgebung in Neuwiedenthal-Sandbek zu erfahren. Es sollten zu zwei benachbarten, jedoch unterschiedlich großen und baulich verschieden gestalteten Siedlungen (Knollenbauweise – Zellenbauweise), die zwischen 1963 und 1969 errichtet worden waren, Meinungen, Reaktionen und Verhaltensweise der insgesamt ca. 13 000 Bewohner erforscht werden, um zu neuen Erkenntnissen für die Weiterentwicklung des Stadtteils, der zusätzlich etwa 25 000 Menschen aufnehmen soll, zu gelangen (vgl. Abb. 1).

Einzelthemen der Befragung waren u. a.: Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeit, Verkehr und lokale Bindungen. Zum methodischen Vorgehen wäre zu bemerken, daß der Haushaltsbefragung eine Analyse vorhandenen Materials – insbesondere der Statistik – vorausgegangen war, ebenso Interviews mit Personen, die beruflich mit den Problemen der Bürger vertraut sind.

Das Ergebnis brachte nicht nur wertvolle Anregungen für die Planer, sondern auch einige Überraschungen. So kam z. B. zutage, daß die Bewohner, alles in allem gesehen, gar nicht so unzufrieden mit ihren neuen Stadtteilen sind, wie es viele Kritiker behaupten. Sie beurteilen ihre Siedlungen besser als ihre Nachbarn, die das Image zu stark von dem relativ hohen Anteil ehemaliger Lagerbewohner beeinflusst sehen.

Die Bedenken und Anregungen im einzelnen wurden von den Planern sorgfältig ausgewertet und für die Planung weitgehend verwendet.

Der stärkste Wunsch bestand nach mehr Kommunikationsmöglichkeiten und Einrichtungen für die Freizeit. In der Infrastruktur war wohl die Errichtung eines Schwimmbades und eines Hauses der Jugend vorgesehen. Aufgrund des Befragungsergebnisses wird jedoch außerdem intensiver nach Möglichkeiten gesucht, bei den neuen Wohnhausprojekten Räume für die Gemeinschaft zu verwirklichen.

Ferner soll bei der Steuerung des Strukturwandels in der benachbarten Landwirtschaft vorgesehen werden, ein geeignetes Bauerngehöft zur Einrichtung für die Gemeinschaft umzufunktionieren. Lösungen dieser Art sind in Hamburg keineswegs neu, z. B. werden »De Spiker-Hus«-Anlagen in Volksdorf, die zwar Museumscharakter haben, gerne von Bürgergruppen für verschiedene Veranstaltungen benutzt. Darüber hinaus wird nach Investoren für Cafés und dergl. gesucht, denen das Nachfragevolumen einen gewissen Anhalt für Investitionsüberlegungen bietet.

Die zahlreichen Hinweise der Hausfrauen auf mangelnde Möglichkeiten einer beruflichen Tätigkeit sollen in stärkerem Maße als vorgesehen zu Ausweisungen von entsprechenden Arbeitsstättenflächen in zumutbarer Entfernung führen. In diesem Zusammenhang muß selbstverständlich überlegt werden, in welchem Umfang z. B. die Kindertagesheimplätze erhöht werden können.

Schließlich ist u. a. auch beabsichtigt, die ermittelten Zielgebiete der Spaziergänger in der benachbarten Fischbeker Heide und in den Harburger Bergen hinsichtlich der Planung von Wanderwegen und Freizeiteinrichtungen neu zu überdenken, um die gezielten Wünsche des Bürgers – soweit es möglich ist – zu berücksichtigen und den Wohnwert des Stadtteils zu steigern.

Hinsichtlich der Sozialstruktur mußte die Verwaltung erfahren, wie unerfreulich sich konzentrierte Belegungen der Wohnungen mit kinderreichen Familien auf eine Nachbarschaft auswirken; eine heterogenere Struktur könnte wesentlich zur allgemeinen Wohnzufriedenheit beitragen.

Randgruppenbeteiligung

Dieser kleine, aber gelungene Versuch einer frühzeitigen Beteiligung der Bürger an der Infrastrukturplanung erbrachte bereits in der Vorbereitungsphase einen unerwarteten Nebeneffekt. In einer Vorbesprechung über die Möglichkeit der Mithilfe von Schülern und Lehrern an der Aktion entstand die Idee, einen Malwettbewerb zu veranstalten, und zwar sollten die Kinder mit Bleistift und Farbe »zu Papier bringen«, wo sie sich ihren nächsten Kinderspielplatz wünschen und wie dieser ausgestattet sein sollte (vgl. Beil. 1). Dieses Präludium klang mit einer reizenden kleinen Ausstellung von Schülerarbeiten aus und erbrachte interessante Hinweise für die Infrastrukturplanung. Eine »Randgruppe der Gesellschaft« könnte man fast sagen, die es im allgemeinen schwer hat, sich an der richtigen Stelle zu Wort zu melden, wurde spielend dazu angeregt, ihre

Wünsche zu artikulieren – die sogar z. T. noch berücksichtigt werden.

Die Planung verständlicher machen

Um die in der Landesplanung entstehenden, z. T. recht schwer zu lesenden Fachpläne für die Unterrichtung der Parlamentarier und der Öffentlichkeit anschaulicher gestalten zu können, so daß sie bei gutem Willen auch ein Laie verstehen kann, wird seit einiger Zeit ein Grafiker eingesetzt. Sein Einsatz gehört zu den Voraussetzungen für eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit; denn die Zeichenkräfte waren überfordert, Ausstellungen vorzubereiten oder Perspektivskizzen zu entwerfen und dergl. mehr.

Unsere Bürger müssen, wie zu der Zwischenbilanz bereits gesagt, nicht nur gründlicher, sondern auch frühzeitiger informiert werden. Eine Möglichkeit hierzu bietet das Verteilen von Faltblättern an die Öffentlichkeit. So wurde z. B. der Entwurf des Flächennutzungsplans als Faltblatt an die Hamburger Haushalte versandt, um das Engagement des einzelnen nach den öffentlichen Beratungen in den Bezirksversammlungen und in den Ortsausschüssen anzuregen. Ähnlich gehen auch die Kollegen in anderen Städten vor. Aus der Erkenntnis heraus, daß diese speziellen Aktionen auch nicht früh genug stattfinden können, sind bei dem Projekt Billwerder-Allermöhe Faltblätter bereits in der Zielfindungsphase herausgebracht worden, die über die Idee zu dem neuen Stadtteil für 70 000 Einwohner und darüber, wie geplant wird, informieren, bevor das Vorhaben überhaupt vom Senat und der Bürgerschaft beschlossen wird (vgl. das beigelegte Exemplar des Faltblattes).

Bürgerbeteiligung an der Planung eines neuen Stadtteils

Von der Verwaltung werden gegenwärtig Modelle für Billwerder-Allermöhe erarbeitet, die eine frühe Beteiligung der Bevölkerung von ganz Hamburg – insbesondere der Bewohner von neuen Großsiedlungen – zum Inhalt haben. Die Probleme sind bekannt; erst nach Bezug der Wohnungen des ersten Bauabschnittes steht ein Potential von Bewohnern, das unmittelbar von der Planung betroffen ist, für eine Mitwirkung an der Weiterplanung und Realisierung zur Verfügung. Für diese und die folgenden Zeitstufen gibt es bereits geeignete Lösungen, die in München-Perlach oder hier in Steilshoop erprobt wurden. Das Rezept fehlt vor allem für die erste Phase, wenn der Rahmenentwurf für das gesamte Gebiet und der Wettbewerb für den ersten Bauabschnitt vorbereitet werden. Ein Modell, das als Experiment dem Senat und der Bürgerschaft zur Beratung vorgelegt werden soll, sieht vor, interessierte Bürger, die der Verwaltung, Baugesellschaften und Maßnahmeträgern bekannt sind, anzuschreiben und zu fragen, ob sie grundsätzlich bereit sind, an der betreffenden Aufgabe mitzuwirken. Die Auswahl ist in den parlamentari-

schen Gremien zu beraten; die Mobilisierung wäre zunächst von der Verwaltung vorzunehmen, ebenso die Finanzierung.

Die wichtigste Aufgabe dieses Forums ist, neben der Vorbereitung des Stadtteils, für die neuen Bewohner eine Starthilfe zu geben. Die Mitglieder des Gremiums sind nach der Realisierung der ersten Wohnungen stufenweise durch Vertreter der neuen Bewohner auszuwechseln.

Zum Schluß dieses Kapitels muß noch der Vollständigkeit halber mehr am Rand, beinahe als Selbstverständlichkeit, vermerkt werden, daß es bereits zu Beginn der Vorarbeiten Pressekonferenzen gegeben hat. Pressevertreter und Mitglieder der Bürgerschaft waren auch zu den Erörterungsterminen des gutachterlichen Planverfahrens eingeladen worden.

Berücksichtigung von Kundenwünschen bei der Zentrenplanung

Zu den wichtigsten Ordnungselementen der Hamburger Stadtplanung gehört, außer der Achsenkonzeption und dem Verkehrsnetz, das System der zentralen Standorte. Als vor einiger Zeit die Arbeiten für diesen Fachplan – den sog. »Ordnungsplan Zentrale Standorte« – anliefen, wurde auch darüber nachgedacht, welche Möglichkeiten es gibt, Bürger zu beteiligen. Diese Überlegungen führten u. a. zu Befragungen von Kunden und Gewerbetreibenden in typischen Hamburger Zentren verschiedener Größe, z. B. in dem Elbe-Einkaufszentrum (Bezirksentlastungszentrum) und in Altona-Ottensen (Bezirkszentrum).

Die bemerkenswertesten Ergebnisse dieser Aktionen waren vor allem Korrekturen angenommener Einzugsbereiche, die wiederum eine wichtige Grundlage für die Bedarfsermittlung der Flächen des Einzelhandels nach der Umsatzmethode bilden.

Da Untersuchungen dieser Art nicht gerade billig sind, wurde Kontakt zu größeren privaten Investoren aufgenommen mit dem Ziel, künftig möglichst solche Aufträge zu koordinieren und Ergebnisse auszutauschen, d. h. Doppelarbeit zu vermeiden und Steuergelder zu sparen.

Eine interessante Erhebung, die uns spontan zur Verfügung gestellt wurde, befaßte sich mit der Frage, wie neue Einkaufszentren im Meinungsspiegel von Handel und Verbraucher ausschauen. In einer Kundenbefragung¹ war ermittelt worden, in welchem Maße die Bürger die »Hamburger Straße« und das »Alstertal-Einkaufs-Zentrum« (AEZ) als Alternativen zu historisch gewachsenen Einkaufszentren ansehen. Einzelheiten, die erhoben wurden, waren: Einzugsbereiche, Standort, Erreichbarkeit, Bau-, Organisations- und Wirtschaftssituation (vgl. Abb. 2).

Die Kundenkritik (kritisch äußerten sich nur 30 % der Befragten zum AEZ und 50 % zur Hamburger Straße) richtete sich vor allem gegen die unbefriedigende Klimatisierung und die geringe Sortimentsbreite des AEZ bzw. gegen den ungenügenden Wetterschutz und eine gewisse

1 Auftraggeber: Firmen Karstadt und Stinnes Haustechnik. Auftragnehmer: Sample Handelsforschung GmbH.

		Weiter mit Frage						
15	Hier lege ich Ihnen einmal einige Meinungen und Behauptungen über die Siedlung Neuwiedenthal/Siedlung Sandbek vor, die richtig oder falsch sein können. Sagen Sie mir bitte zu jeder Meinung, ob diese Ihrer Ansicht nach auf die Siedlung			136				
	– eher zutrifft – eher nicht zutrifft. – Karte 15 vorlegen – <table border="1"> <thead> <tr> <th colspan="2">Die Meinung</th> </tr> <tr> <th>trifft eher zu</th> <th>trifft eher nicht zu</th> </tr> </thead> </table>				Die Meinung		trifft eher zu	trifft eher nicht zu
	Die Meinung							
	trifft eher zu	trifft eher nicht zu						
	1.	Die Häuser hier sind so gestaltet und angeordnet, daß alles ganz kalt und eintönig wirkt.	1		8			
	2.	Häuser und Grünanlagen sind so angeordnet, daß die Siedlung einen freundlichen und hübschen Eindruck macht	2		9			
	3.	Trotz der vielen Menschen in der Siedlung ist das Leben hier ziemlich eintönig und langweilig	3		0			
	4.	Man kennt und trifft hier viele Menschen, unterhält sich mal ein wenig mit ihnen, hört dies und das und es gibt eigentlich immer etwas neues	4		x			
	5.	Hier in der Siedlung wohnen eine Reihe von Leuten, mit denen man nicht so gern zusammenwohnt	5		y			
	6.	Die Siedlung ist so geplant, daß sie den Bedürfnissen der Bewohner voll und ganz entspricht	6		z			
7.	Es fehlt in der Siedlung so Vieles, daß sie den Bedürfnissen der Bewohner in vielen Dingen nicht entspricht	7	a					
16	Eine Siedlung hat ja auch bei den Menschen, die nicht in ihr wohnen, sondern diese nur mehr oder weniger von außen kennen, ein bestimmtes Ansehen, einen bestimmten Ruf. Was glauben Sie: hat die Siedlung Neuwiedenthal/ die Siedlung Sandbek bei den übrigen Bewohnern von Hausbruch - Neugraben - Fischbek einen:			137				
	1	guten Ruf	17					
	2	nicht so guten Ruf	16a					
	3	weiß nicht/keine konkrete Antwort	17					

Abb. 1: Dieser Auszug aus den Fragebögen für die Haushaltsbefragung vermittelt einen kleinen Einblick in das methodische Vorgehen. Die Auswertung ergab ein positives Urteil für die Siedlung insgesamt, kritische Äußerungen zu Einzelproblemen und viele Anregungen für die Vergrößerung des Stadtteils

Monotonie der Anlage in den betreffenden Gebäuden der Hamburger Straße. Geschäftsleute bemängelten Überbelegungen von zwei Branchen und Unterbelegung des Dienstleistungssektors.

Diese und andere Bedenken führten zu wirksamen Ver-

besserungsmaßnahmen in den bestehenden Anlagen und zur Überprüfung stadtplanerischer Zielvorstellungen; z. B. werden die Wünsche der Bürger wahrscheinlich zu Konsequenzen für die Planung des Einkaufszentrums für den neuen Stadtteil Billwerder-Allermöhe führen. Die meisten



Abb. 2: Was sagen die Bürger zu einem neuen, ca. 750 m langen, überdachten Einkaufszentrum? Eine Befragung erbrachte viel Zustimmung – aber auch Kritik, die bei künftigen Planungen zu berücksichtigen ist

Verbraucher wollen, ganz allgemein gesagt – ohne Bezugnahme auf die Hamburger Zentren –, nicht manipulierbare Teile von Verkaufsmaschinen sein, und das hat die Planung zu berücksichtigen.

Öffentliche Plandiskussion nach Vorschrift

Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung haben sich zwischenzeitlich feste Formen der Beteiligung der Öffentlichkeit herauskristallisiert, die in einer entsprechenden Vorschrift für die Verwaltung (Fachliche Weisung) ihren Niederschlag gefunden haben. Für die Beratung der Bauungspläne steht ein aus Abgeordneten der Bezirksversammlung und Mitgliedern der Ortsausschüsse gewählter Stadtplanungsausschuß zur Verfügung. Dieser Ausschuß wirkt planbegleitend von der Einleitung eines Verfahrens bis zur Berichterstattung an die Bezirksversammlung mit; er wird über die Planungen umfassend unterrichtet. Während der öffentlichen Auslegung soll eine öffentliche Plandiskussion stattfinden, wenn die Planung die künftige Umwelt für breite Schichten der Bevölkerung bestimmt. In den Plandiskussionen, die vom Stadtplanungsausschuß veranstaltet werden, hat jedermann die Möglichkeit, eigene Vorstellungen zur Planung vorzubringen.

Diese Möglichkeit ist ein Angebot von weiteren für unsere zahlreichen Bürgerinitiativen. Sie sind zum Teil ein belebendes Element unserer bürgernahen Demokratie und eines wachsam regen Bürgertums in der Freien und Hansestadt. Auf der anderen Seite darf die stattliche Zahl

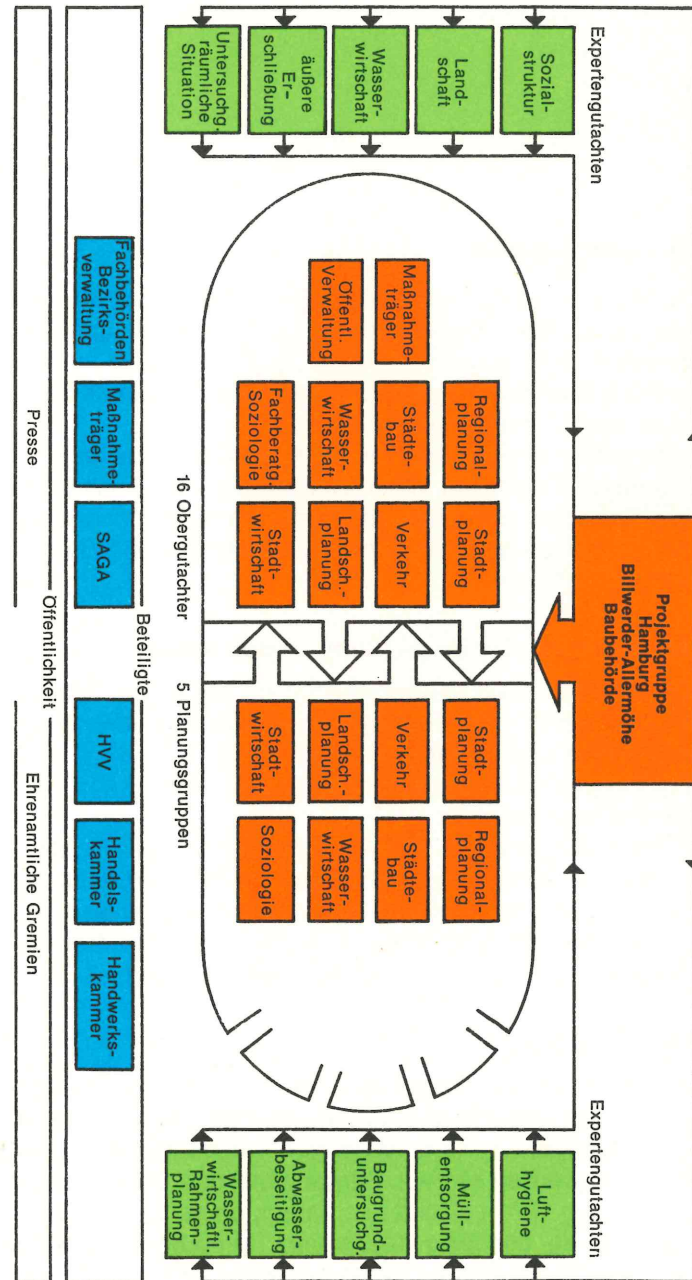
derer nicht außer acht gelassen werden, die aufgeputscht egoistisch nach dem Prinzip des St. Florian fordern und stets bereit sind, nicht nur den Nerv der Verwaltung, sondern auch den der parlamentarischen Demokratie zu töten. Im Umgang mit diesen Gruppen, deren Interessen oft diametral gegenüberstehen, müssen wir noch vieles lernen; es gilt vor allem, weitere zweckmäßige Formen für ihre konstruktive Beteiligung zu finden.

Öffentlichkeitsarbeit in Schulen

Bezeichnend dafür, wie ernst Planer die Öffentlichkeitsarbeit nehmen, ist der letzte Beitrag: Als vor 2 Jahren ein vorübergehender Lehrermangel an weiterführenden Schulen in der Baubehörde bekannt wurde, meldete sich spontan ein pädagogisch »vorbelasteter« Kollege zu einem zeitlich begrenzten Einsatz im Schuldienst. Er versuchte, wöchentlich vier Stunden Schülern der Oberstufe eines Gymnasiums beizubringen, was Bauleitplanung ist und welche Möglichkeiten der Mitwirkung den mündigen Bürgern von morgen kraft Gesetz gegeben sind. Dieser Fall ist in Hamburg keineswegs einmalig.

Dieser Bericht mag erfreuliche Tendenzen aufzeigen; er soll keineswegs den Eindruck vermitteln, daß z. B. durch den Aufbau einer städtischen Bedürfnisforschung die Präferenzen der Bürger zufriedenstellend erfaßt und in ausreichendem Maße in Zielvorstellungen berücksichtigt werden. Wir stehen, wie gesagt, erst am Anfang einer Entwicklung.

Gutachterliches Planverfahren
Darstellung des Kommunikationsprozesses



Wo können Sie mehr erfahren?

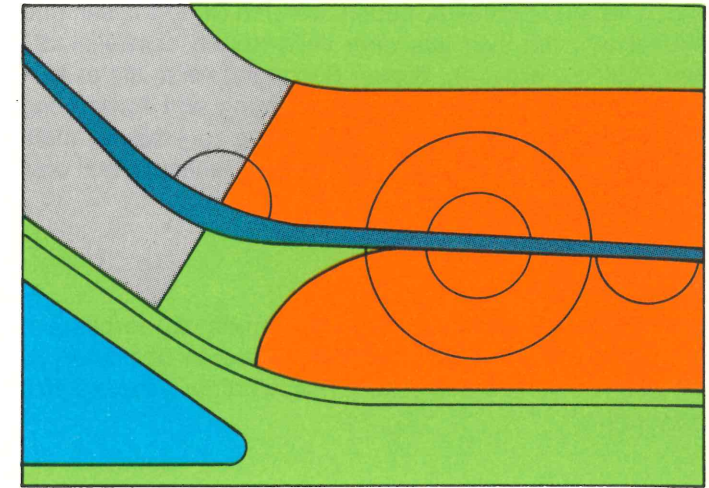
Schreiben Sie uns.

Baubehörde Hamburg
Presse und Information
2 Hamburg 36
Stadthausbrücke 8

Herausgegeben von der Staatlichen Pressestelle
in Zusammenarbeit mit der Baubehörde, Hamburg 1973
Grafik-Design: Hansen - Medina
Gedruckt bei Dingwort in Hamburg-Altona

Billwerder-1 Allermöhe

Ein neuer Stadtteil wird geplant



Beilage 2 zu Bahr; die Beteiligung der Bürger an der Landes-
planung In: Raumforschung und Raumordnung 1974, Heft 1

Was ist Hamburg „Billwerder-Allermöhe“?

**Eine Idee,
eine moderne Planung,
ein neuer Stadtteil.**

Es ist eine Idee,

einen neuen Stadtteil zu bauen, der den Bedürfnissen und Wünschen, die sich aus dem veränderten „Lebenslauf“ der Familien ergeben, besser Rechnung trägt, als es bisher möglich war. Durch Art, Ausstattung und Anordnung der Wohnungen, durch gute Zuordnung zu Arbeitsstätten, Versorgungseinrichtungen und Erholungsflächen soll dies erreicht werden.

Es ist die Idee,

die soziale Schichtung der Bevölkerung zu verbessern und damit die Anteile der breiten mittleren Schichten zu erhöhen sowie die Ansiedlung hochwertiger Arbeitsplätze zu fördern.

Es ist die Idee,

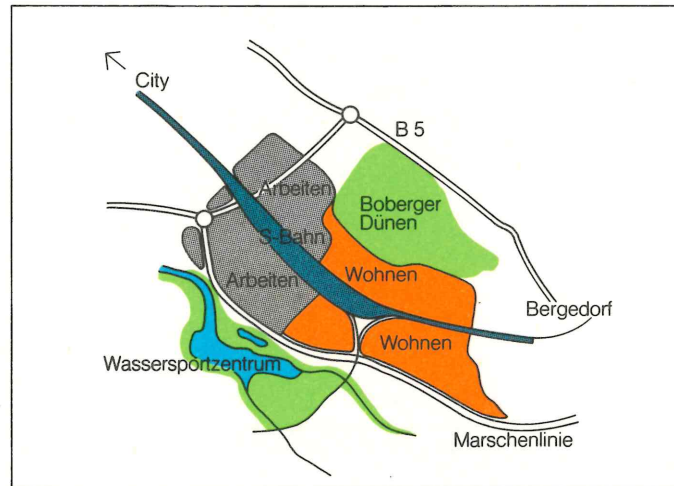
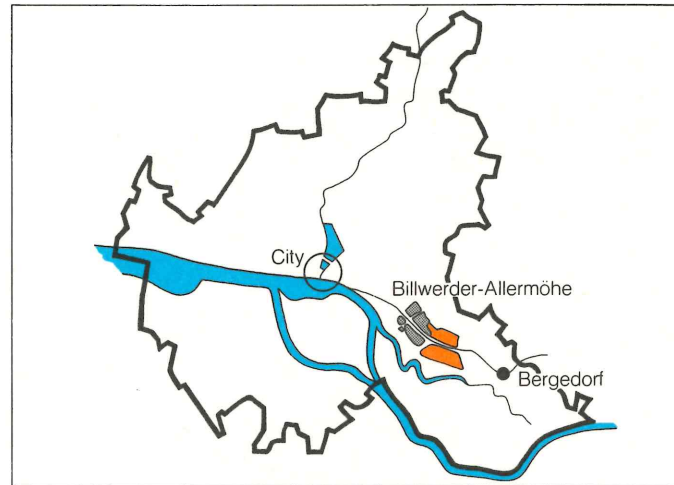
die ständige Nachfrage nach Wohnraum zu befriedigen sowie die Abwanderung aus Hamburg einzudämmen und zu stoppen.

Wissen Sie, wo Billwerder-Allermöhe liegt?

Es liegt südlich des Landschaftsschutzgebietes der Boberger Düne und nördlich des geplanten Wassersportzentrums an Dove- und Gose-Elbe.

Es ist verkehrsgünstig mit der vorhandenen S-Bahn von der City in 15 Minuten und vom Zentrum Bergedorf aus in 5 Minuten zu erreichen.

Die Lage in der Marsch mit ihren natürlichen Wasserläufen ermöglicht den Bau eines Stadtteils besonderer Prägung.



Wie wird geplant?

16 Obergutachter verschiedener Fachrichtungen aus Hamburg, dem Bundesgebiet, aus Holland und der Schweiz, fünf interdisziplinär besetzte Gutachtergruppen aus Hamburg, Berlin und Darmstadt sowie eine Reihe von Fachexperten, u. a. auch aus Finnland, arbeiten gemeinsam unter Beteiligung von Fachleuten aus Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen in einem offenen gutachterlichen Planverfahren seit Februar 1973 zusammen.

Als Ergebnis eine Empfehlung an den Senat

Die Obergutachter beurteilen Anfang Oktober die Arbeitsergebnisse der fünf Planergruppen und überreichen anschließend dem Senat eine Empfehlung.

Für ihn wird sie Entscheidungshilfe sein.

Er wird überlegen, ob

er der Bürgerschaft die Verwirklichung seiner „Idee“ empfehlen kann. Schon jetzt berät ein bürgerschaftlicher Sonderausschuß laufend die Zwischenergebnisse. An seinen Sitzungen nehmen auch Vertreter der Bezirksversammlung Bergedorf und der Baudeputation teil.

Und die Bürger?

Sie sollen an der städtebaulichen Planung beteiligt werden, damit Erfahrungen mit gelungenen Lösungen, aber auch Mängeln in den bisherigen Neubaugebieten einbezogen werden können. Bürgerschaft und Senat werden bis Anfang 1974 entschieden haben, ob es insbesondere möglich ist, den Bau des neuen Hamburger Stadtteils „Billwerder-Allermöhe“ zu finanzieren.